



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 10. Februar 2022

Antrags-Nr. 21-F-55-0055

Mietenpolitik bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften - Antrag der Fraktion Die Linke vom 01.12.2021 -

Die städtischen Gesellschaften haben die Mieten in den frei finanzierten Wohnungen im Juni teilweise bis zum Mittelwert des Mietpreisspiegels erhöht. Weitere Mieterhöhungen stehen an. Die gegenwärtige Inflationsrate und die enorme Verteuerung der Energiepreise befeuern den Druck auf viele Mieter*innen nochmals deutlich. Die kontinuierlichen Mieterhöhungen überfordern die Mieter*innen immer mehr, zumal es keine entsprechend höheren Einkommen gibt. Viele Menschen müssen um das Dach über ihren Köpfen bangen, weil die Mieten für sie nicht mehr bezahlbar sind. Zum anderen führen die Mieterhöhungen aber auch zum Verlust an Kaufkraft, was den durch Corona betroffenen Einzelhandel und die Gastronomie zusätzlich trifft.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) Wie viele Mietparteien haben zum 01.11.2021 eine Mieterhöhung erhalten?
- 2) Wie viele Mietparteien haben eine fünf prozentige Mieterhöhung erhalten?
- 3) Wie viele Mietparteien haben eine Mieterhöhung um zehn Prozent erhalten?
- 4) Wie vielen Mietparteien, die Mieterhöhungen erhalten haben, stünden aufgrund ihres Einkommens eine Sozialwohnung zu?
- 5) Gibt es Kündigungen aufgrund der ausgesprochenen Mieterhöhungen?
- 6) Die frei finanzierten Wohnungen werden unterschiedlich klassifiziert. Wie ist die zahlenmäßige Verteilung?
- 7) Aktuell ist keine Normalisierung in Bezug auf die Corona-Situation zu erwarten. Inwiefern wird dies bei weiteren Planungen zu Mieterhöhungen 2022 und 2023 berücksichtigt?
- 8) Wie viele Wohnungen sind bis dahin zusätzlich energetisch saniert?
- 9) Wie wird sich der Anteil der energetisch sanierten Wohnungen in den nächsten Jahren entwickeln?
- 10) Wie hoch sind die Mehreinnahmen der GWW durch die Mieterhöhungen von 2021?

Beschluss Nr. 0003

Der Antrag der Fraktion Die Linke vom 01.12.2021 wird angenommen.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 02.02.2022 BP 0004)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 10.02.2022
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 10.02.2022
im Auftrag

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock